

Kein Ende des Rentenstreits: Die junge Gruppe hält an ihrer Kritik fest

Die Spitzen der schwarz-roten Koalition in Deutschland haben den jungen Abgeordneten der Union Kompromissangebote unterbreitet. Ob diese aber ausreichen, ist völlig unklar. Drei Szenarien, wie es im Rentenstreit weitergehen könnte.

Susann Kreutzmann, Berlin

28.11.2025, 14.40 Uhr ⌚ 4 min

Hören



Michael Gstettenbauer / Imago

Die schwarz-rote Koalition streitet über die Zukunft der Rente. Eine Kommission soll jetzt den Streit beilegen.

Das von der Koalition aus Union und SPD vorgelegte Rentenpaket hat weiter keine Mehrheit. Nach sechsstündigen Beratungen beschlossen die Spitzen der Koalition, das Gesetzesvorhaben nicht zu verändern, wie Kanzler Friedrich Merz am Freitagmorgen mitteilte. Genau das verlangt aber eine Gruppe junger Unionsabgeordneter. Sie kritisieren, dass das Rentenpaket zulasten der jungen Generation geht und fordern grundsätzliche Änderungen.

Mit Kompromissvorschlägen ist Merz jetzt auf die Rentenrebelln zugegangen. Unklar ist aber, ob diese den Kritikern reichen oder sie an

ihrer Ablehnung festhalten. Sollte die Rentenreform scheitern, wäre das nicht nur eine Blamage für Merz, sondern würde das gesamte Regierungsbündnis vor eine Zerreissprobe stellen.

Merz äusserte sich nach den Koalitionsberatungen jedoch zuversichtlich, dass das Rentenpaket wie vom Kabinett beschlossen auch im Bundestag Zustimmung findet. Er habe die «begründete Hoffnung», dass dies gelinge, sagte Merz. Er gehe von einer «grossen Zustimmung mit allen Stimmen der Koalition aus». Die Abstimmung ist für kommenden Freitag geplant.

Allerdings sind viele jetzt in einem Begleittext festgehaltenen Vorschläge sehr vage formuliert und entsprechen nicht den Änderungen, die die jungen Unionsabgeordneten durchsetzen wollen. Um den Vorsitzenden der Jungen Union, Johannes Winkel, haben sich rund 18 Parlamentarier versammelt, die das Rentenpaket in seiner jetzigen Form ablehnen. Sie gehen von zusätzlichen Milliardenkosten aus, die die junge Generation schultern müsste.

Vorschläge der Rentenkommission sollen früher kommen

Die Koalitionsspitzen schlagen jetzt vor, eine aus 13 Mitgliedern bestehende Rentenkommission einzusetzen, die bereits bis zum Ende des ersten Halbjahres 2026 Ergebnisse vorlegen soll. Ursprünglich sollte die Kommission ihre Vorschläge zum Ende der Legislaturperiode präsentieren.

Mit dieser Forderung hat sich die Junge Gruppe durchgesetzt. Allerdings tragen viele in dem Beschlusspapier präsentierten Prüfaufträge eine deutlich sozialdemokratische Handschrift. So soll beispielsweise beraten werden, ob auch weitere Einkünfte ausser Lohn oder Gehalt in die Beitragsbemessung für die Rente mit einbezogen werden sollen. Damit sind Kapitalerträge und Mieteinnahmen gemeint. Neu ist die Idee keineswegs.

Zu Jahresbeginn hatte der damalige grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck Sozialabgaben auf Kapitaleinkünfte vorgeschlagen, um das Finanzloch in der gesetzlichen Krankenkasse und der Pflegeversicherung zu stopfen. Er stiess mit seiner Idee auf entschiedene Ablehnung bei Union und FDP. Auch der damalige sozialdemokratische Bundeskanzler Olaf Scholz stellte sich gegen Habeck. Denn Kapitalerträge werden bereits besteuert und haben nichts mit Sozialabgaben zu tun.

Brisant ist auch der Vorstoss, ob weitere Gruppen wie Beamte künftig in

die gesetzliche Rentenkasse einzahlen sollen. Die Union lehnt das strikt ab und spricht von «populistischem Unfug». Laut dem Rentenexperten Axel Börsch-Supan würde der Vorschlag dem System auch wenig bringen. Er würde sogar mehr kosten, weil Beamte im Schnitt länger lebten als durchschnittliche Bürger. Deshalb handelt es sich hierbei um eine politische Forderung, die nicht zur Stabilisierung der Finanzen der Rentenkasse beiträgt.

Junge Gruppe könnte Mitglied der Rentenkommission werden

Geködert werden könnte die Junge Gruppe mit dem Versprechen, dass ein Vertreter von ihnen Mitglied der Rentenkommission wird. Laut Koalitionsbeschluss schicken CDU, CSU und SPD jeweils einen Vertreter in das Gremium. Die Mehrheit sollen allerdings nicht Politiker, sondern Experten stellen.

Bis zum Jahr 2031 soll das Rentenniveau laut dem Gesetzentwurf bei 48 Prozent festgeschrieben werden. Danach könnte es sinken. Gestritten wird aktuell darüber, ab welchem Faktor. Der von der sozialdemokratischen Arbeitsministerin Bärbel Bas vorgelegte Gesetzentwurf belastet laut den Unions-Kritikern die junge Generation mit Mehrkosten von mindestens 120 Milliarden Euro.

Nun gibt es drei mögliche Szenarien, wie es im Rentenstreit weitergehen kann:

Erstens: Die junge Gruppe bleibt bei ihrer Ablehnung

Den Kritikern reichen die Vorschläge nicht aus. Sie hatten stets grundlegende Änderungen für die Zeit nach 2031 gefordert. Davon steht in dem Entschliessungspapier nichts. Darauf könnte die junge Gruppe pochen. Statt konkreter Änderungsvorschläge haben die Koalitionsspitzen nur eine Reihe von Prüfaufträgen für die noch einzusetzende Rentenkommission formuliert.

So bleibt das Hauptargument der jungen Abgeordneten bestehen: Wenn jetzt etwas per Gesetz beschlossen wird, ergibt es wenig Sinn, diese Regelung in der Rentenkommission neu anzugehen.

Am Dienstag kommender Woche sollen sich die jungen Abgeordneten in der Fraktionssitzung der Union erklären, ob sie bei ihrer Ablehnung bleiben. Wenn alle 18 Kritiker an ihrem Nein festhalten, hat die schwarz-rote Koalition keine Mehrheit mehr. Das würde eine enorme Schwächung von Kanzler Merz bedeuten und könnte sogar die Koalition

infrage stellen.

Die für Freitag angesetzte Abstimmung des Bundestages müsste wahrscheinlich verschoben werden. Weil auch noch die Länderkammer zustimmen muss, kann die Rentenreform nicht mehr zum Jahresbeginn 2026 in Kraft treten.

Zweitens: Die SPD lenkt ein

Auch wenn es bislang nicht danach aussieht, könnte das Rentenpaket noch einmal aufgeschnürt werden. Genau das hatte die junge Gruppe gefordert. Die beiden SPD-Vorsitzenden Bärbel Bas und Lars Klingbeil lehnen das allerdings entschieden ab und bestehen auf den Kabinettsbeschluss.

Die Sozialdemokraten verweisen darauf, dass sie eigentlich das Rentenniveau von 48 Prozent bis zum Jahr 2039 stabil halten wollten, also der Union bereits entgegengekommen sind.

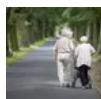
Drittens: Der Kanzler stellt die Vertrauensfrage:

Wenn die Fronten so wie bisher verhärtet bleiben, könnte Merz die Zustimmung zum Rentenpaket mit seiner Kanzlerschaft verknüpfen und im Bundestag die Vertrauensfrage stellen. Das wäre das stärkste Druckmittel. Entweder die Abgeordneten stimmen dem Rentenpaket zu oder Merz tritt zurück.

Für die junge Gruppe hiesse das: Sie könnte zustimmen, weil sie die Kanzlerschaft von Merz nicht gefährden will. An ihrer grundsätzlichen Kritik aber halten die jungen Abgeordneten weiter fest. Ganz ausgeschlossen ist dieser Schritt deshalb also nicht.



Passend zum Artikel



Die Deutschen haben den Glauben an eine sichere gesetzliche Rente verloren – viele erwarten nur noch eine Grundsicherung

Michael Rasch, Frankfurt 04.11.2025 ⌚ 4 min

